

WEITERE BRIEFE

Unanständig

Zu „Üppiges Ruhelassen“ vom 28. Mai: Da muss man sich über die Neiddebatte nicht wundern. Ist es schon fraglich, ob die Aktivgehälter von Dax- oder Sparkassenvorständen angemessen sind – vor allem, wenn die einen riesige Verluste produzieren und die anderen eigentlich nur verwalten, statt zu gestalten –, so wird es bei Übergangsgeldern schon unanständig. Wohin gehen sie denn über? In das vorzeitige Nichtstun, weil die Anteilseigner oder Träger sie nicht mehr haben wollen. Dafür bekommen sie dann Übergangsgelder von rund 1100 Euro pro Tag (!?) und haben es folglich nicht eilig, eine neue Stelle zu finden. Während der aktiven Zeit könnten die Arbeitgeber freiwillig in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlen, und die Entlassenen bekämen dann eine gesetzliche Rente oder Arbeitslosengeld. Wie kommen die Aufsichtsräte dazu, derartige Arbeitsverträge mit den Vorständen abzuschließen und das Vermögen der AGs oder öffentlichen Träger dermaßen zu verschleudern? Was sagt da der oberste Rechnungshof? Es gibt doch genügend qualifizierte Führungskräfte, die auch zu niedrigeren Vergütungen arbeiten würden. Warum nimmt man die Aufsichtsräte nicht in Haftung wegen Verschleuderung von Firmenvermögen? Bei einzelnen Aktiengesellschaften haben die Aktionäre den Vorständen jetzt die Entlassung verweigert. Auch wenn das nichts direkt bewirkt, ist es ein Zeichen auch an die Firmenschädiger und ein Hinweis an die neuen Arbeitgeber.

Friedrich Bourquin, Starnberg

Unverschäm

Zu „Beziehungskrise“ vom 5. Juni: Das ist ja wirklich der Gipfel der Unverschämtheit. Die Wirtschaft rechnet mit Merkel ab, und das, obwohl die Außenhandelsbilanz noch immer so ausgezeichnet ist. Ich frage mich, was sich ein BDI-Präsident so denkt, wenn er die Kanzlerin dermaßen kritisiert? Hat denn Dieter Kempf überhaupt nicht bemerkt, dass die Groko eine überaus industrie- und wirtschaftsfreundliche Politik betreibt, die zu großen Gewinnen bei den Firmen geführt hat? Mit der Kanzlerin abrechnen könnten doch eher die Bürger, die von dem großen Gewinnkuchen der letzten Jahre nichts abbekommen haben oder auf der Strecke geblieben sind. Entweder man leidet beim BDI an Realitätsverlust, oder man will eine andere Republik, die noch kapitalistischer orientiert ist? Dieser möglichen Entwicklung sollte durch entsprechende Wahlentscheidungen der Bürger ein Riegel vorgeschoben werden.

Thomas Henschke, Berlin

Abonnement: sz.de/abo Die Süddeutsche Zeitung wird als gedruckte Zeitung auf Papier und online auf der Nachrichtenseite sz.de und in den Apps für Tablet und Smartphone vertrieben. Sie erscheint werktags, freitags mit SZ Magazin.

Monatsbezugspreise inkl. Umsatzsteuer: Zeitung bei Zustellung frei Haus: in Bayern 64,90 Euro, außerhalb Bayerns 69,90 Euro, für Studierende 33,90 Euro (nach Vorlage einer Bescheinigung). Weitere Preise (z.B. im Ausland) und Bestellung online. SZ Plus (inkl. SZ E-Paper): 36,99 Euro, Vorzugspreis für tägliche Abonnenten 9,50 Euro, für Wochenend-Abonnenten 17,50 Euro. Bankkonto: Bayer. Landesbank (IBAN: DE75 7005 0000 0000 0316 50, BIC: BYLADE33HAN). Das Abonnement kann schriftlich mit einer Frist von vier Wochen zum Monatsende bzw. zum Ende eines vorab berechneten Bezugszeitraumes gekündigt werden.

Abonnenten- und Leserservice: Telefon (089) 21 83-80 80, Fax (089) 21 83-82 07, sz.de/abo (Bestellung, Information, Service)

SÜDDEUTSCHE ZEITUNG (USPS No. 0541550) is published daily except Sunday and holidays by Süddeutsche Zeitung GmbH. Subscription price per month: digital edition (SZ Plus) 36,99 Euro, print edition daily Europe 83,00 Euro / outside Europe an overseas 165,00 Euro. sz.de/abo

FLÜCHTLINGSPOLITIK

Richtig helfen



Flüchtlinge in einem Schlauchboot vor der spanischen Küste.

FOTO: JAVIER FERGO/DPA

Zu „Ein Plan, der polarisiert“, „Unwürdig“ und „In einem Boot“ vom 4. Juni, „Fast angekommen“, vom 27. Mai und „Seehofers Ordnung“, vom 17. Mai:

Perspektiven schaffen

Dass 2015 die Verhältnisse am Budapester Bahnhof unhaltbar waren und nach unserem Verständnis von Menschenwürde schnell gelöst werden mussten, ist nicht zu bezweifeln. Dies hätte etwa mithilfe der Kirchen geschehen können. Jedenfalls hätte es nicht einer moralisch zwar verständlichen, aber politisch nicht nachvollziehbaren unkontrollierten Öffnung der europäischen Grenzen bedurft.

Die Folgen von Krieg und Vertreibung können nur mit diplomatischem Geschick gelöst werden. Unsere Kanzlerin versprach zu schaffen, was aber mit den Mitteln des Asylrechts nicht zu schaffen ist. Denn ein Großteil der Menschen, die bei uns Hilfe suchen, sind eben keine Asylbewerber, sondern Menschen, die ihr Menschenrecht auf ein lebenswertes Leben von der europäischen Wertegemeinschaft einfordern. Behörden und Helferkreise sind heillos überfordert, wenn man die Flüchtlingsfrage mittels Asylrecht und der daraus resultierenden Abschiebung bewältigen muss – der Konflikt zwischen den verschiedenen Parteien ist vorprogrammiert, zumal viele Länder ihre geflohenen Bürger gar nicht mehr aufnehmen wollen.

Gefordert sind einfache und schnell durchführbare Lösungen wie eine zeitlich begrenzte Stichtagsregelung. So könnte man den Menschen, die bereits hier sind und binnen einer gewissen Frist eine Arbeit oder einen Ausbildungsplatz finden, schnell und unbürokratisch eine befristete Aufenthaltsgenehmigung erteilen. Die Verpflichtung zum Erlernen der deutschen Sprache könnte parallel erfolgen. Wer diese Anforderungen nicht erfüllt, muss mit verschärften Sanktionen rechnen. Nach meiner jahrelangen persönlichen Erfahrung wollen gerade viele der alleinstehenden jungen Männer keine Almosen, sondern ihren Lebensunterhalt selbst verdienen, bekommen aber dafür von den Ausländerbehörden – dem Asylrecht entsprechend – keine Genehmigung. So sitzen sie seit Jahren in beengten Gruppenunterkünften, werden zum Teil depressiv oder aggressiv und suchen, wenn wundert's, illegale Möglichkeiten des Gelderwerbs.

Wenn Populisten darauf noch ihr Süppchen kochen, sind Konflikte mit und in der Bevölkerung vorhersehbar. Was wir brauchen, sind klare Integrationsmöglichkeiten, die Perspektiven schaffen und dem Steuerzahler viel Geld ersparen könnten.

Hannes Schober, Salzweg

Ein Ort für die Menschenwürde

Die unsäglichen Verschärfungen des „Geduldete-Rückkehr-Gesetzes“ werden zu Recht kritisiert. Statt Abschiebungen, Abschiebehaf, soziale Ausgrenzung bis zum Ausruhigen zu forcieren, sollte Deutschland für alle „Geduldeten“ und ohne sicheren Aufenthaltstitel hier lebenden Menschen ein Bleiberecht gewähren. Dies wäre eine angemessene humane Geste, die allen nützen würde. Dies fordern auch Medico International und das Komitee für Grundrechte und Demokratie mit ihrer aktuellen Petitionskampagne, „Bleiberecht statt Ausgrenzung“. Menschenwürde braucht einen sicheren Ort.

Und Europa muss endlich die Seenotrettung für Flüchtlinge im Mittelmeer wieder aufnehmen und der Kriminalisierung privater Seenotrettung offensiv entgegenzutreten. Es gilt, in Kooperation mit dem UNHCR sichere Fluchtwege zu öffnen. Sonst sollte Europa seinen Friedensnobelpreis im Meer versenken.

Martin Singe, Bonn

Debatte online

Liebe Leserinnen und Leser, diskutieren Sie auch heute mit uns über weitere aktuelle Entwicklungen:

► Wie sieht die Parteienlandschaft der Zukunft aus? sz.de/parteienlandschaft

► Wie sollten Online-Händler mit Retouren umgehen? sz.de/retouren

Zur Übersicht unseres Diskussionsangebots im Netz: sz.de/leserdiskussion

Ausverkauf des Asylrechts

Was da mit NesT auf den Weg gebracht wurde, halte ich für hochproblematisch: Es ist der Beginn der Teilprivatisierung des Artikels 16 GG, des Rechts auf Asyl. Es geht um die laut UNHCR 1,4 Millionen besonders schutzbedürftigen Flüchtlinge, die im Rahmen der Umsiedlung in sichere Staaten gebracht werden sollen. Dazu haben sich weltweit mehrere Staaten verpflichtet, auch Deutschland. Menschen soll Schutz vor Verfolgung gewährt werden, ohne dass sie ihr Leben und das ihrer Kinder auf der Flucht riskieren müssen. Ich begrüße es, dass sich Deutschland dieser Maßnahme verpflichtet fühlt.

Was da nun unter dem harmlosen Namen NesT aus Seehofers Ministerium kommt, ist jedoch ein Programm, dass die Aufnahme von Schutzbedürftigen privati-

siert: Deutsche können gerne einen Geflüchteten nach Deutschland holen, um ihm „ein Leben in Freiheit und Sicherheit zu ermöglichen“, liest man in der Broschüre. Wer das will, muss nur eine geeignete Wohnung für den Geflüchteten oder seine Familie finden und die Kaltmiete auf zwei Jahre im Voraus zahlen. Man erkaufte sich also aus eigener Tasche den Schutz eines Menschen.

In der Broschüre liest sich das so: „Im Gegensatz zum rein staatlichen Resettlement arbeiten bei NesT Staat und Zivilgesellschaft Hand in Hand.“ Nein, falsch: Der Staat entledigt sich lediglich seiner Verantwortung auf Kosten hilfsbereiter Bürger. Es ist perfide, den Schutz und die Zuflucht von Menschen vom Geldbeutel und der Willigkeit Einzelner abhängig zu machen. Dass die Aufnahme und Integration vieler Geflüchteter klappt, ist vor allem auch den Ehrenamtlichen zu verdanken: Sie bringen ihre Zeit, ihr Wissen, ihre Geduld und auch viel Materielles ein. Als Dankeschön werden sie jetzt zur Kasse gebeten. Rechte Gruppen feixen schon, jetzt könnten „die Gutmenschen“ mal zeigen, was ihnen „ihre Flüchtlinge“ wert sind. Danke, Herr Seehofer! Das ist Wasser auf die Mühlen der Rechtspopulisten.

Es ist nicht ausgeschlossen, dass NesT einen Anreiz für solche darstellt, die billigen Wohnraum zur Verfügung haben. Da ließen sich dann Geflüchtete reinkaufen, die vielleicht sogar gezwungen werden, die vorgelegte Miete abzarbeiten. Viel Fantasie gehört zu solchen Szenarien nicht, gehören ja vor allem Frauen und Kinder zu besonders schutzbedürftigen. Wie Seehofer das verhindern will, sagt uns die Broschüre nicht.

Im Mittelmeer sehen wir, wohin es führt, wenn Staaten sich ihrer Verantwortung entziehen; die staatliche Seenotrettung ist de facto abgeschafft, und auf die Privatisierung der Seenotrettung durch die Zivilgesellschaft folgte nach Kurzem die Kriminalisierung derselben.

NesT – das ist ein niedlicher Name für ein hochproblematisches Vorhaben: dem

Ausverkauf des Rechts auf Asyl nach der Genfer Flüchtlingskonvention.

Tina Dürr, Marburg

Möchtegern-Christen

Man kann dem Ratsvorsitzenden der Evangelischen Kirche, Heinrich Bedford-Strohm, nur zu seiner wirklich christlichen Tat, dem Besuch des einst festgesetzten Seenotretters Sea-Watch 3 und seiner Crew, gratulieren. Der Bischof will ein Zeichen setzen gegen die Abschottungspolitik der Regierung in Rom. Die Kriminalisierung von Helfern findet ja nicht nur dort statt. Als Helfer einer Asylantenfamilie in München kann ich ein Lied von der vermeintlichen Willkommenspolitik im Freistaat singen, die sich dazu noch christlich nennt. Unser Bundesinnenminister scheint den Hang zu „Mia sam mia“-Attitüde auf Bundesebene mit aller Macht durchsetzen zu wollen. Dabei scheut er nicht einmal vor dem Bruch des Grundgesetzes zurück, wenn Wohnungen überwacht und elektronische Kommunikation abgehört oder mitgelesen werden, dass einem nur noch die Haare zu Berge stehen – alles im Namen der „Sicherheit“.

Damit gewinnt man keine Wahlen, liebe Möchtegern-Christen.

Uwe Marx, München

KORREKTUREN

» In „Der Herrscher“ vom 6. Juni auf Seite 29 stand in einer Teilaufgabe, der Ortler sei der höchste Berg der Ostalpen. Richtig ist: Der Ortler ist der höchste Berg Südtirols.

Heinz Unruh, München



UNFÄLLE

Es gibt technische Lösungen

Zu „Spiegel des Lebens“ vom 1./2. Juni:

Tief beklagenswert und von der Schuldfrage her eindeutig sind die Fälle, in denen ein Radfahrer von einem rechts abbiegenden Lkw oder Pkw verletzt wird beziehungsweise zu Tode kommt. Unverständlich aber ist die verbreitete Sorglosigkeit des flotten Radfahrers, bei Ampelgrün auf der Vorfahrt zu beharren, ohne einen vergewissernden Blick über die Schulter zu werfen, ob er vom abbiegenden Fahrzeug wahrgenommen wird. (Man stelle sich einmal an eine verkehrsreiche Kreuzung und beobachte das Verhalten der Radfahrer.) „Sehen und gesehen werden“ war einmal das Gebot der Verkehrserziehung. Heute scheint es mehr für das Selbstverständnis der Promis zu gelten als für das entsprechende Verhalten im Straßenverkehr.

Dr. Bodo Bleinagel, München

Ich habe einen ganz wichtigen Aspekt vermisst: Welchen Beitrag zum Unfallgeschehen liefert der Radfahrer selbst? Dies und eine mögliche Prävention wurden mit keinem Satz erwähnt. So wie das Tragen eines Helms von allen Seiten propagiert wird, so sollte das auch mit dem Einüben eines umsichtigen Verhaltens geschehen. Die Technik Lkw muss durch Verkehrserziehung auf der Radfahrerseite ergänzt werden.

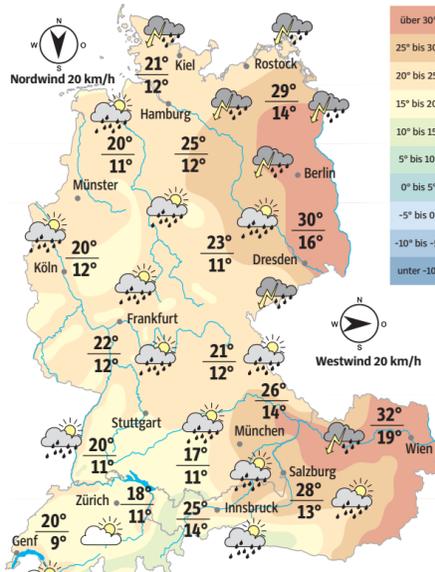
Dr. Franz Karig, Freiburg im Breisgau

Es ist unstrittig, dass es in Deutschland viel mehr Kreuzungen und Kreisverkehre gibt als Großfahrzeuge, und für jede Kreuzung sollen die Straßenbaulastträger bis zu vier Traxispiegel aufstellen? Warum? Weil Großfahrzeuge zugelassen sind, mit denen wegen Ausstattungsdefiziten nicht sicher rechts abgelenkt werden kann. Richtig war an der Idee des Traxispiegels als ortsfeste Einrichtung nur, dass insbesondere die Fahrzeughersteller die Sicherheit der nicht motorisierten Verkehrsteilnehmer kaum interessiert. Der Traxispiegel ist schon deshalb untauglich, weil er dem Fahrzeugführer nicht während des gesamten Abbiegevorgangs eine Beobachtung des vorfahrberechtigten Verkehrs rechts hinter ihm ermöglicht. Erstaunlich an der Diskussion ist, dass technische Lösungen für das sichere Abbiegen mit den Großfahrzeugen lange verfügbar sind, für wenig Geld, auch nachrüstbar. Wenn inzwischen Lkw, Wohnmobile und sogar SUVs mit Rückfahrkameras und Bildschirmen ausgestattet sind, gibt es wohl keinen Grund, entsprechende Kameras nicht auch bei Großfahrzeugen einzubauen. Bei einem Bildwinkel von 90 Grad kann dann während des gesamten Abbiegevorgangs der Verkehr beobachtet werden. Nun gibt es aber leider Fahrzeughersteller, die mit dem Abbiegeassistenten als aufreispflichtiger „Sonderausstattung“ für einige Tausend Euro ein Geschäft machen wollen und ansonsten gerne Lösungen für übermorgen entwickeln, für autonom fahrende Großfahrzeuge im Stadtverkehr.

Heinz Unruh, München

Leserbriefe sind in keinem Fall Meinungsäußerungen der Redaktion. Wir behalten uns vor, die Texte zu kürzen. Bei Abdruck werden Vor- und Nachname sowie Wohnort benannt. Außerdem behalten wir uns vor, Leserbriefe auch in der digitalen Ausgabe der Süddeutschen Zeitung und bei sueddeutsche.de zu veröffentlichen. forum@sueddeutsche.de

DAS WETTER



Zum Teil kräftige Regengüsse und Gewitter

Wetterlage Mittel- und Westeuropa stehen unter dem Einfluss mehrerer Tiefdruckgebiete. Dabei gehen von England über Benelux und Teile Frankreichs bis nach Tschechien und Polen gebietsweise zum Teil kräftige Schauer oder Gewitter nieder. Örtlich besteht Unwettergefahr. Auch im Süden Skandinaviens überwiegen dichte Wolkenfelder, die gebietsweise Regen und lokale Gewitter bringen. Freundlicher ist es am westlichen Mittelmeer.

Aussichten Erneut gibt es verbreitet Regengüsse und Gewitter. Vor allem Nachmittags können diese im Osten und im Nordosten recht kräftig ausfallen. Im Südwesten und im Westen wird es dagegen im Tagesverlauf allmählich etwas freundlicher. Die Höchsttemperaturen bewegen sich bei Werten zwischen 18 und 25 Grad. Im Osten und Südosten werden 26 bis 32 Grad erreicht. In Schauer- und Gewitternähe besteht erneut die Gefahr von Sturmböen.

Table with weather forecasts for Germany (Donnerstag, Freitag, Samstag) and a section for Sonne und Mond (Angaben für München).

Table with weather forecasts for various German cities including Berlin, Köln, München, etc.

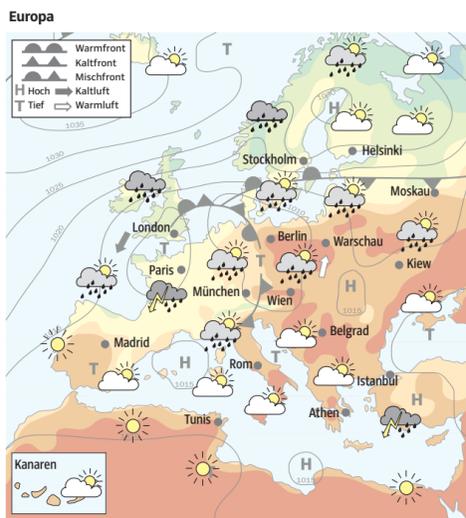


Table with weather forecasts for North America (Vancouver, Toronto, etc.) and Asia (Peking, Tokio, etc.).

Table with weather forecasts for Europe (Amsterdam, Athen, etc.) and other regions.

Table with weather forecasts for various vacation spots (Helgoland, Rügen, etc.).

Quelle: www.wetterkontor.de

Table with weather forecasts for various international cities (Abu Dhabi, Bangkok, etc.).

Advertisement for Lufthansa featuring a colorful street scene and the text 'Es gibt Städte. Und es gibt Seelenverwandte. Südamerika ab 699€* Say yes to the world Lufthansa'.